

Transformation als soziale Praxis

Mitteleuropa seit den 1970er Jahren

Herausgegeben von
Dierk Hoffmann und Ulf Brunnbauer

Eine Publikation des Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin



Weitere Informationen finden Sie unter www.ifz-muenchen.de

Der Band wird im Open Access unter der Creative-Commons-Lizenz CC-BY-NC-ND 3.0 DE auf dem Dokumentenserver „Zeitgeschichte Open“ des Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin bereitgestellt (www.ifz-muenchen.de/bibliothek/zeitgeschichte-open).

DOI: <https://doi.org/10.15463/ifz-2021-1>

Die Veröffentlichung wurde durch den Open-Access-Publikationsfonds für Monografien der Leibniz-Gemeinschaft gefördert.

Umschlagabbildung:

Demonstrierende Werftarbeiter vor dem Schweriner Schloss 1992

Fotograf: Ingo Schöler

ISBN: 978-3-86331-561-0

© 2020 Metropol Verlag
Ansbacher Straße 70 | D-10777 Berlin
www.metropol-verlag.de
Alle Rechte vorbehalten
Druck: buchdruckerei.de, Berlin

Inhalt

DIERK HOFFMANN · ULF BRUNNBAUER

Einleitung 7

ULF BRUNNBAUER

Die permanente Transformation

Vom Nutzen und von den Grenzen des Durchwurstelns
am Beispiel der Werft „Uljanik“ in Pula
seit den 1970er Jahren 21

JOHANNA WOLF

Der Bremer Vulkan in der Krise

Der Strukturwandel einer westdeutschen Werft
in den 1970er und 1980er Jahren 39

EVA LÜTKEMEYER

Erwartung – Erfahrung – Enttäuschung

Die Transformation der ostdeutschen Werftindustrie
nach der „Wende“ (1989/90–1994) 52

MORITZ MÜLLER

„Hilfe zur Selbsthilfe“?

Die Entstehung und das (vorläufige) Scheitern
eines Gestaltungsansatzes der IG Metall
in den 1970er und 1980er Jahren 65

CHRISTIAN RAU

Ein „gewerkschaftsfreier Raum“?

Gewerkschaftsstrukturen und -kulturen in Ostdeutschland
in den frühen 1990er Jahren 80

DETLEV BRUNNER

Mitbestimmung und Protest

Ostdeutschland in der Transformationsphase
der 1990er Jahre **93**

FLORIAN PETERS

Vom „Polenmarkt“ zum Millionär?

Der Markt als Erfahrungsraum und Ordnungsmodell
der Transformationszeit in Polen **108**

KEITH R. ALLEN

Die Schweiz im Osten Deutschlands

Ausländische Investoren nach (und vor) 1989 **125**

JÖRN EIBEN

Städte als Erfahrungsräume

Transformationen und Krisen in Wilhelmshaven und Wolfsburg
in den 1970er Jahren **142**

UTA BRETSCHEIDER

Gescheiterte Erfolgsgeschichten?

Die ostdeutsche Landwirtschaft und ihre Akteure
im Prozess der Transformation **154**

Abkürzungen **166**

Autorinnen und Autoren **168**

Einleitung

Der Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft in Europa 1989 und 1990 und der schwierige Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft haben sich tief ins kollektive Gedächtnis eingebrannt. Denn der Umbruch bedeutete für viele den Verlust des Arbeitsplatzes, der oftmals mit dem Ende anderer sozialer Errungenschaften einherging, mit denen die staatssozialistischen Regimes gesellschaftliche Loyalität herstellen und politische Stabilität erzeugen wollten. Die Rede ist etwa von Kinderbetreuungseinrichtungen, Ferienheimen, aber auch Polikliniken, Kulturhäusern und Sportvereinen. Mit anderen Worten: Die Privatisierung der „volkseigenen“ Betriebe brachte für viele Menschen nicht nur Erwerbslosigkeit, sondern auch den Verlust einer sicher geglaubten betriebszentrierten Arbeits- und Lebenswelt.

Der dahinterstehende Strukturwandel hatte Folgen für Mentalitäten und politische Einstellungen, die bis in die Gegenwart hineinreichen. Dies wird etwa in Unterschieden zwischen dem ehemaligen Ost- und Westdeutschland heute noch deutlich. Dabei wurden die individuellen und gemeinschaftlichen Erfahrungen und Erinnerungen stets auch von medial geführten Debatten über die Transformationszeit sowie von politischen Interpretationsversuchen beeinflusst und überlagert. Diese teilweise miteinander verwobenen Ebenen gilt es bei der wissenschaftlichen Analyse zu trennen und die entstandenen gesellschaftlich prägenden Bilder und Sinngebungen – von „unten“ wie von „oben“ – zu dekonstruieren. In Ostdeutschland erfüllt beispielsweise die Treuhandanstalt (THA) bis heute die Funktion eines Blitzableiters. Sie dient als Projektionsfläche für enttäuschte Hoffnungen, aber auch ganz unterschiedliche politische Interessen. Das zeigte sich besonders deutlich im Vorfeld der Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg im

Herbst 2019. Die ehemalige sächsische Staatsministerin für Gleichstellung und Integration hatte schon zuvor einen direkten kausalen Zusammenhang zwischen den biografischen Prägungen der sogenannten Nachwendezeit und dem Erstarken der AfD in den ostdeutschen Bundesländern hergestellt.¹

Die aktuelle Diskussion über die Privatisierung der ostdeutschen Wirtschaft nach 1990 und die Rolle der Treuhandanstalt ist zweifellos wichtig und weist eine hohe gesellschaftliche Relevanz auf, nicht nur für Deutschland, sondern auch für Europa. Auch der Kontinent hat die Spaltung zwischen West und Ost noch nicht vollkommen überwunden. Insofern ist die Erfahrungsperspektive der Menschen ernst zu nehmen und in die wissenschaftliche Untersuchung ebenso zu integrieren wie in die gesellschaftspolitischen Konzepte. Auffallend ist jedoch, dass sowohl die öffentliche als auch die fachwissenschaftliche Debatte sehr stark von einem Überwältigungsnarrativ (Andreas Wirsching) geprägt ist. In jüngster Zeit scheint es bei der begrifflichen Zuschreibung mitunter einen Überbietungswettbewerb zu geben. Im Zusammenhang mit der Einführung der Marktwirtschaft in der ehemaligen DDR sprach der Soziologe Steffen Mau von einem „gesellschaftlichen Tsunami“.² Der Historiker Ilko-Sascha Kowalczyk brachte das Ergebnis seines jüngsten Werkes bereits auf dem Cover prägnant auf den Punkt: „Die Übernahme“³, womit er den Transfer des westdeutschen Modells auf Ostdeutschland meinte. Zur Kennzeichnung der 1990 im Aufbau befindlichen Treuhandanstalt griff der Historiker Marcus Böick auf ein zwar plastisches, aber letztlich ahistorisches Bild zurück („Ein Heerlager im Dreißigjährigen Krieg“⁴). Andere wählten gar eine martialische Sprache, um die vermeintliche Richtigkeit ihrer Thesen zu untermauern. So behauptete die Kulturosoziologin Yana Milev, dass die DDR 1990 „zum ersten Experimentierfeld eines Wirtschaftskrieges“ geworden sei. Die Folgen seien „auch ohne Blutvergießen [...] kriegsgleich“ gewesen.⁵

Für die ehemals staatssozialistischen Länder insgesamt lassen sich ähnliche Vorstellungen von einer feindlichen Übernahme durch den westlichen Kapitalismus neoliberaler Spielart beobachten. Intellektuelle wie Ivan Krastev und Stephen Holmes betonten, dass die enttäuschten Hoffnungen (und vielleicht auch unrealistischen

Erwartungen) vieler Bürgerinnen und Bürger Osteuropas sowie das weiterverbreitete Gefühl, nie im Westen anzukommen und von diesem nicht anerkannt zu werden, trotz aller Bemühungen zur Nachahmung, zu (rechts)populistischen, antiwestlichen Gegenreaktionen führen würden. Darin sehen sie eine der größten Herausforderungen für das Europäische Projekt.⁶

Diese Debatte zeigt, dass die Zeitgeschichte vor einer zumindest vierfachen Herausforderung steht: Erstens geht es darum, die Umbrüche der 1990er Jahre als Problemerzeugungsgeschichte der Gegenwart⁷ systematisch und differenziert zu untersuchen. Zweitens gilt es, die damit eng verbundenen geschichts- und erinnerungspolitischen Narrative zu dekonstruieren, die wegen der Sogwirkung öffentlicher Debatten auch auf die Wissenschaft einwirken. Drittens muss sie die Vorstellung von 1989 als Zäsur reflektieren und nach der Prägestkraft der Erfahrungen der 1970er und 1980er Jahre für jene der 1990er fragen. Viertens ist eine Verinselung des Untersuchungsgegenstandes auf einen rein gesamtdeutschen Bezugsrahmen tunlichst zu vermeiden. Denn der Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft traf nicht nur auf die ehemalige DDR, sondern ganz Osteuropa zu. Die Transformation ist eine gesamteuropäische Geschichte, mit einer starken globalen Dimension – und ebenso starken nationalen Besonderheiten. Betrachtet man zum Beispiel De-Industrialisierung als eines der Hauptelemente der Transformation, werden die Paralleltäten zwischen Ost und West deutlich, aber auch die Unterschiede in der zeitlichen Dynamik.⁸

Eine systematische Einschreibung der Post-DDR-Geschichte in den „osteuropäischen“ Kontext beziehungsweise eine gesamteuropäische Sicht auf die Transformation steht noch aus.⁹ Aufgrund der Wiedervereinigung stellt die Transformationsgeschichte der (ehemaligen) DDR natürlich ein Unikat dar, aber bei genauerem Hinsehen zeigen sich einerseits viele Parallelen mit den anderen ex-staatssozialistischen Ländern. Andererseits treten signifikante Unterschiede zwischen diesen hervor. So fiel die Tiefe des ökonomischen Einbruchs unmittelbar nach dem Ende der kommunistischen Herrschaft sehr unterschiedlich aus, und während die ostmitteleuropäischen Staaten Mitte der 1990er Jahre zu starkem Wirtschaftswachstum zurückfanden, dauerte es in Südosteuropa und der

ehemaligen Sowjetunion viel länger (vom Krieg im ehemaligen Jugoslawien ganz zu schweigen). Die Integration in die EU, falls von den politischen Eliten überhaupt angestrebt, hatte eine ebenso unterschiedliche Chronologie – 2004 traten die ersten Länder der Region bei, als bisher letztes Kroatien 2013. Die entstandenen post-sozialistischen Systeme weisen markante Unterschiede auf, wie Dorothee Bohle und Bela Greskovits herausgearbeitet haben.¹⁰ Auch die Resilienz der Industrie als Kernstück der Nachkriegsmoderne divergierte von Land zu Land: Jene, die geografisch nahe zu Deutschland und Österreich liegen, erlebten eine regelrechte industrielle Renaissance; anderswo ist industrielle Arbeit nur mehr Teil der kollektiven Erinnerung.

In den meisten Transformationsländern außerhalb der ehemaligen Sowjetunion – allerdings schon in den baltischen Ländern – beurteilen heute die meisten Menschen den Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft als Erfolg und artikulieren eine deutlich höhere Lebenszufriedenheit als vor dreißig Jahren.¹¹ Dies schließt aber die Artikulation von Verlustserfahrungen und die Frustration darüber nicht aus, dass der Wohlstandsabstand zum Westen noch immer groß ist – zumal die Früchte der wirtschaftlichen Rosskur regional sehr unterschiedlich verteilt sind, was Osteuropa mit der ehemaligen DDR verbindet. Dass die Euphorie über das weitgehend gewaltlose Ende der kommunistischen Herrschaft rasch einer wachsenden Sorge über die wirtschaftliche Zukunft, teils regelrecht existenziellen Ängsten Platz gemacht hatte, verschwand nicht einfach aus dem Gedächtnis der Menschen der Region, sobald die größten Konjunkturdellen wieder ausgebügelt waren. Vielmehr werden bis heute Einschätzungen der Gegenwart durch die vielfach traumatischen Erfahrungen der 1990er Jahre geprägt; zu viele Menschen gewannen das Gefühl, dass die neue politische Ordnung ihrem Leben vor 1989 seinen Sinn raubte – eine Erfahrung, von der auch aus den ostdeutschen Bundesländern berichtet wird. Die Heilung biografischer Brüche und Verluste ist nicht mit den ökonomischen Konjunkturen deckungsgleich, was zu lange im Westen übersehen wurde.

Das Ende der staatssozialistischen Systeme in Osteuropa und die Transformation der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und

kulturellen Ordnung müssen als transnationale Prozesse verstanden werden. Sie schlugen sich wiederum im Lokalen und Regionalen – und im einzelnen Menschen – nieder und gingen vor Ort mit ganz unterschiedlichen Erfahrungen einher. Makroökonomische und politische Transformationsprozesse hinterlassen – so die Grundannahme – in gesellschaftlichen Strukturen, kulturellen Normen und sozialen Praktiken tiefe Spuren. Sie ordnen nicht nur Eigentumsverhältnisse neu, sondern auch soziale Beziehungen in und außerhalb von Industriebetrieben, verändern soziale und geografische Räume, sie formen Arbeitsverhältnisse um. Sie schaffen nicht nur Verlusterfahrungen, sondern auch neue Erwartungshorizonte und Ermöglichungsräume, sodass neue Akteure die Bühne betreten und neue Strukturen entstehen können. Erfahrungen und Erwartungen wirken also auf den Verlauf von Transformationsprozessen zurück.

In der historischen Forschung ist diese erfahrungs- und mikrogeschichtliche Dimension von Transformationsprozessen lange Zeit nicht systematisch in den Blick genommen worden.¹² Im Gegensatz dazu hob die sozialanthropologische Forschung frühzeitig die Bedeutung der Erfahrungen hervor¹³, wurde von der Zeitgeschichtsschreibung aber (zu) lange ignoriert. Anknüpfend an die von Reinhart Koselleck in den 1970er Jahren entwickelten Kategorien „Erfahrungsraum“ und „Erwartungshorizont“, mit deren Hilfe er die Zeit zum Gegenstand historischer Forschung machen konnte¹⁴, stand das Thema „Transformation als Erfahrungsraum“ im Mittelpunkt eines Workshops, den das Leibniz-Institut für Zeitgeschichte München – Berlin (IfZ) gemeinsam mit dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS) am 7. und 8. März 2019 in Berlin durchgeführt hat. Dabei ging es um post-sozialistische Transformationserfahrungen in der DDR und Ostmittel- beziehungsweise Südosteuropa sowie um Umbruchserfahrungen in westeuropäischen Regionen, die bei allen Unterschieden einen gemeinsamen Hintergrund durch De-Industrialisierungsprozesse aufwiesen. Die Ergebnisse präsentiert der vorliegende Band.¹⁵ Angesichts des lückenhaften Forschungsstands und der Breite des Forschungsthemas können letztlich nur Schlaglichter auf einzelne Aspekte geworfen werden. Der Tagungsband hätte viel erreicht, wenn er weitere Fragen aufwerfen und neue Perspektiven eröffnen würde.

Folgende Leitfragen standen im Mittelpunkt des Workshops: Welche erfahrungsgeschichtlichen Implikationen hatten die Transformationsprozesse, differenziert nach urbanen und ländlichen Räumen? Wann setzten die Transformationsprozesse ein und wie entwickelten sie sich? Gab es nationale Sonderwege und Pfadabhängigkeiten? Welche Antworten und Strategien entwickelten Gewerkschaften und Betriebsräte auf die neuen ökonomischen Herausforderungen? Inwiefern bestanden Kontinuitäten bei den Markt- und Handelsbeziehungen in Osteuropa über die Epochengrenze von 1989 und 1990 hinweg? Wie reagierten die Marktteilnehmer auf Phänomene der Mangerversorgung im Staatssozialismus sowie auf die Situation des politischen Umbruchs? Dazu beleuchtete der Workshops vier Themenfelder: Industriebetriebe am Beispiel der Werftenindustrie (I), Gewerkschaften und Betriebsräte (II), Märkte (III) sowie Stadt und Region (IV).

Die Beiträge verdeutlichen *erstens*, dass die „Zeitenwende“ der Jahre 1989 und 1990 als Beginn der Transformation kritisch zu hinterfragen ist. Stattdessen sollten in Abhängigkeit von den jeweils gewählten Untersuchungsgegenständen größere Untersuchungszeiträume gewählt werden, um den nationalen Entwicklungspfaden, aber auch transnationalen Verflechtungen besser gerecht zu werden. So war die Werftenindustrie beispielsweise schon vor 1989 einem globalen Strukturwandel unterworfen. Am Fallbeispiel der Werft in Pula auf der istrischen Halbinsel (heute: Kroatien) betont Ulf Brunnbauer in seinem Beitrag, dass die Transformation im ehemaligen Jugoslawien sehr viel früher als mit der Erosion der kommunistischen Herrschaft beziehungsweise mit dem Tode Titos 1980 einsetzte. Dabei unterstreicht er zunächst die Bedeutung der 1856 gegründeten Werft als regionaler und lokaler Stabilitätsanker. Nachdem sie die politischen Zäsuren der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts überdauert hatte, bedeutete die neue jugoslawische Verfassung von 1974 einen ersten Einschnitt. Sie läutete eine Dezentralisierung und Umstrukturierung der Unternehmen ein, allerdings zu einem ungünstigen Zeitpunkt: Der Erdölpreisschock von 1973 und 1974 zeitigte tiefgreifende Folgen auch für die sozialistischen Ökonomien. Der Konjunkturerinbruch traf die exportorientierte Werft mit voller Wucht und führte zu einer permanenten Liquiditätskrise,

die nur durch Staatshilfen abgedeckt werden konnte. Dass die Werft im Laufe der Zeit noch zahlreiche Hürden meistern konnte, führt Brunnbauer auf die Strategie des „Durchwurstelns“ zurück. Sie stieß jedoch mit dem EU-Beitritt des Landes an ihre Grenzen und war mit der politischen Kostenrechnung der kroatischen Regierung nicht mehr vereinbar.

Johanna Wolf untersucht in ihrem Beitrag die Krisen- und Transformationsprozesse in der westdeutschen Schiffbauindustrie sowie die Reaktion der Gewerkschaften. Sie unterstreicht den langfristigen Strukturwandel, dessen Anfänge bis in die 1960er Jahre zurückreichen. Die Krise der 1970er Jahre beschleunigte diese Veränderungen, die bereits von den Zeitzeugen als gravierend empfunden wurden. In der Folgezeit wurden Stammbesellschaften entweder durch Unternehmensfusionen oder Werftschließungen abgebaut. Die Bremer Vulkan-Werft, die Anfang der 1990er Jahre einige ostdeutsche Werften übernahm, überlebte letztlich nur, weil es ihr gelang, einen lokalen Konkurrenten auszuschalten und staatliche Hilfen in Anspruch zu nehmen. Auffallend ist, dass Gewerkschaften und Betriebsräte für die Beschäftigten des Unternehmens nicht an einem Strang zogen. Während sich die IG Metall dazu entschieden hatte, ihre Aktivitäten auf die Bundesebene zu konzentrieren, standen die Betriebsräte auf verlorenem Posten. Sie entwarfen zwar alternative Produktionsideen und starteten Protestaktionen. Diese blieben aber aufgrund historisch „gewachsener Strukturen in der Gewerkschafts-, Unternehmens- und Regierungspolitik“ (S. 48) erfolglos.

Bei der ostdeutschen Werftindustrie begann die Transformation dagegen erst mit der Friedlichen Revolution 1989, wie Eva Lütke-meyer in ihrem Beitrag ausführt. Sie ergänzt Kosellecks Begriffspaar um den Begriff der „Enttäuschung“ als zusätzliche analytische Kategorie¹⁶, die sich aus Abweichungen zwischen dem Deutungswissen von Erwartung und Erfahrung ergibt. Die tiefgreifenden Umwälzungen, die sich im Gegensatz zu Westeuropa in nur wenigen Jahren vollzogen, führten in der ostdeutschen Küstenregion wie auch in den übrigen Regionen der ehemaligen DDR zu „Verschiebungen im Werthehaushalt“. Sie prägten die kollektiven und individuellen Identitäten der Menschen nachhaltig. Im Fall der ostdeutschen Schiffbauindustrie schlug anfänglicher Zukunftsoptimismus durch den

raschen ökonomischen Zusammenbruch und den Verlust der sozialistischen Betriebskultur in ein ausgeprägtes Krisenbewusstsein um. Die anfängliche Prognose, der ostdeutsche Schiffbau würde den Übergang in die Marktwirtschaft gut bewältigen, erwies sich schnell als falsch und ist einerseits auf eine zu optimistische wirtschaftliche Einschätzung und andererseits auf eine misslungene Kommunikationsstrategie zurückzuführen.

Die Beiträge des Bandes zeigen *zweitens*, dass die gewerkschaftlichen Transformationserfahrungen in weitere gesellschaftliche Veränderungsprozesse einzubetten sind. Innergewerkschaftliche Debatten fanden nicht im luftleeren Raum statt, sondern in Abhängigkeit von spezifischen Herausforderungen und Rahmenbedingungen. Dabei stechen die Dilemmata der Gewerkschaften in der Sozialpartnerschaft besonders hervor. So unterstreicht Moritz Müller in seinem Beitrag, dass der technologische Wandel in den Betrieben die westdeutsche IG Metall Ende der 1970er Jahre dazu veranlasste, ein eigenes Aktionsprogramm zu entwickeln, um die Automatisierung der Industriearbeitswelt mitzugestalten. Dessen Ziel war es, Betriebsräte in den Unternehmen wissenschaftlich zu betreuen, die sich an dem vom Bundesministerium für Forschung und Technologie finanzierten Programm „Forschung zur Humanisierung des Arbeitslebens“ beteiligten. Die Einstellung von staatlich finanzierten Beratern war auch Ausdruck einer Professionalisierung der Gewerkschaftsarbeit; traditionelle Berührungspunkte zwischen Gewerkschaft und Wissenschaft wurden dadurch abgebaut. Doch der Anspruch von Gegenmacht geriet mit Ansätzen des Co-Managements in Konflikt und machte die Grenzen gewerkschaftlicher Gestaltungsmöglichkeit bei grundlegenden gesellschaftlichen Umwälzungen deutlich. Darüber hinaus überforderte das ambitionierte Programm der IG Metall viele Gewerkschaftsfunktionäre, die sich über zusätzliche Arbeitsbelastung durch das Aktionsprogramm beklagten.

Christian Rau analysiert in seinem Beitrag die Herausforderung der Wiedervereinigung für den Aufbau von Gewerkschaftsstrukturen in Ostdeutschland Anfang der 1990er Jahre. Dabei stellt er fest, dass das verbreitete Narrativ von den „gewerkschaftsfreien Räumen“ eine dezidiert westdeutsche Sicht ist, die dem chaotischen und kontrovers verlaufenden Organisationsaufbau in der DDR beziehungsweise den

ostdeutschen Bundesländern nicht gerecht wird. In der Regierungszeit von Ministerpräsident Hans Modrow (SED/PDS) machten sich Unsicherheit und Ratlosigkeit in den ostdeutschen Betrieben breit. Während der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) rasant Ansehen und Vertrauen verlor, erwuchs den Betriebsgewerkschaftsleitungen (BGL) mit der Initiative unabhängiger Gewerkschaften Ende 1989 eine basisdemokratische Konkurrenz, die jedoch von den westdeutschen Gewerkschaften ignoriert oder zumindest mit großer Skepsis beobachtet wurde. Den bundesdeutschen Gewerkschaften gelang es nicht, die ostdeutschen Betriebe „problemlos als Machtbasen“ (S. 81 f.) zu erobern, da manche BGL innerhalb der Belegschaften nach wie vor Rückhalt besaßen und als lokale Akteure relevant blieben. Die Strategien westdeutscher Gewerkschaften oszillierten zwischen Kooperation und spiegelbildlicher Übertragung westdeutscher Strukturen und offenbarten die dahinterstehenden Fehleinschätzungen.¹⁷

Gewerkschaftliche Mitbestimmung und Protest stehen im Mittelpunkt des Beitrags von Detlev Brunner. Er plädiert dafür, dass die Wahrnehmungen der kommunalen und betrieblichen Akteure Eingang in die Geschichte des vereinten Deutschlands finden sollten. Das Treuhandgesetz der frei gewählten Volkskammer vom 17. Juni 1990 sah eine Beteiligung der Gewerkschaften nicht vor. Die zunächst geplante dezentrale Organisationsstruktur mit Treuhand-Aktiengesellschaften wurde nicht verwirklicht. Dies begründete der THA-Präsident Detlev Karsten Rohwedder vor den frei gewählten Volkskammerabgeordneten mit den zu erwartenden Koordinierungsproblemen und dem Mangel an qualifiziertem Personal. Deshalb kam das bundesrepublikanische Mitbestimmungsgesetz von 1976 nicht zum Tragen. Obwohl einzelne Gewerkschaftsvertreter anfänglich Kritik äußerten, blieb ein großer Proteststurm aus. Brunner begründet dieses Verhalten mit dem Hinweis auf die chaotische Umbruchphase, die auch die Gewerkschaften vor große Probleme stellte, auch wenn einige später selbst im Verwaltungsrat der THA vertreten waren.

Die Beiträge des Bandes unterstreichen *drittens* die langfristige Wirksamkeit von Beziehungen und Netzwerken, die Märkte und Markthandeln in sozialen Beziehungen verorteten und stellenweise

über politische Zäsuren hinweg Bestand hatten. Florian Peters analysiert in seinem Beitrag Markterfahrungen und -denken im Polen der 1980er Jahre. Er beschreibt die irregulären Märkte, die im real existierenden Sozialismus als Antwort auf die Mangelversorgung entstanden waren, als zentrale Orte der Transformationszeit. So bildete der sogenannte Polenmarkt den Erfahrungsraum, in dem ein „abstraktes Leitbild“ des freien Marktes erfahrbar wurde. Lange bevor der wirtschaftspolitische Expertendiskurs den Markt als Ordnungsmodell diskutierte, hatten halboffizielle Märkte und Basare einen festen Platz in nahezu allen Teilen Polens erobert. Die massenhaft gewonnenen Erfahrungen mit wirtschaftlichem Handeln auf eben diesen Märkten waren mit entscheidend für den Durchbruch der Vermarktlichung¹⁸ als ökonomisches und gesellschaftliches Paradigma. Peters warnt allerdings davor, in der Ausweitung des formellen und informellen Handels retrospektiv einen Beleg für die zustimmende Aneignung der Marktwirtschaft von unten zu sehen. Denn die Existenz dieser Märkte war erstens von den politischen Rahmenbedingungen abhängig. Außerdem unterschieden sich zweitens die Motivlagen der einzelnen Marktteilnehmer erheblich voneinander.

Für den Strukturwandel der ostdeutschen Industrie und die Sanierung der ehemals volkseigenen Betriebe nach 1990 suchte die Treuhandanstalt in- und ausländische Investoren. Keith R. Allen befasst sich in seinem Beitrag mit den Bedingungen ausländischer Investitionen in Ostdeutschland anhand des Engagements schweizerischer Banker, Consultingexperten und Finanzberater. Dabei spielten die Kontakte der Eidgenossen zu Vertretern der DDR-Planwirtschaft, die bereits seit der Entspannungspolitik in den 1970er Jahren bestanden hatten, eine entscheidende Rolle. Diese Netzwerke und das in diesem Kontext erworbene Wissen wurden von beiden Seiten für die Durchsetzung neuer wirtschaftlicher Interessen nach dem Mauerfall mit unterschiedlichem Erfolg genutzt. Während sich die Regierung in Ost-Berlin unter Hans Modrow (SED/PDS) vergeblich darum bemühte, Kreditzusagen zu erhalten, um den Niedergang der DDR-Wirtschaft aufzuhalten, gelang es den Akteuren aus Bern und Zürich, Schweizer Unternehmen zu den wichtigsten ausländischen Kaufinteressenten in Ostdeutschland zu machen. Gleichzeitig konnte die Schweiz bei ihren Privatisierungsbemühungen aber nur

dann reüssieren, wenn es auch noch gelang, die Verbindungen zu den neuen Akteuren (ostdeutsche Landesregierungen, Treuhandanstalt) zu intensivieren und für die eigenen Ziele zu nutzen.

Die Beiträge des Bandes thematisieren *viertens* die Transformationsprozesse im Erfahrungsraum von Stadt und Region. Sie verdeutlichen einerseits die sinnstiftende Bedeutung von Großbetrieben für die jeweilige städtische Identität, andererseits die Gleichzeitigkeit des Verlustes verschiedener Lebenswelten. Jörn Eiben betont in seinem Beitrag, der sich mit den sozioökonomischen Umwälzungen in Wolfsburg und Wilhelmshaven in den 1970er Jahren beschäftigt, dass sich in beiden Städten spezifische Erfahrungsräume mit eigenen Erwartungshorizonten herausbildeten. Dabei lassen sich deutliche Unterschiede aufzeigen: Während in Wilhelmshaven die Vision von einer Transformation in eine Industriestadt enttäuscht wurde, gelang es in Wolfsburg, die Hoffnung auf wirtschaftliche Prosperität mit Rückgriff auf die unmittelbare Vergangenheit als Autostadt aufrechtzuerhalten. Demzufolge blieb der Wolfsburger Erfahrungsraum in erheblichem Maße durch die Automobilproduktion und die damit verbundene Autokultur geprägt. Dagegen war die Lage in Wilhelmshaven sehr stark von einer Mischung aus „Marinetradition“ und unterschiedlichen, wenig erfolgreichen Anläufen eines ökonomischen Neuanfangs charakterisiert. Dabei kollidierten die Versuche der politischen Akteure in Wilhelmshaven, kapitalintensive Betriebe aus der Petrochemie anzusiedeln, mit den Bedenken von Umweltschützern. Ähnliche Konfliktlagen entwickelten sich in Wolfsburg aufgrund des „homogeneren Erfahrungsraumes“ eines unhinterfragten Paradigmas der Autostadt nicht.

Der Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft war von neuen sozialen Konfliktfeldern und Ungleichheiten gekennzeichnet, die einschneidend waren für die Wahrnehmungswelten der Betroffenen vor Ort, wie Uta Bretschneider in ihrem Beitrag anhand der ostdeutschen Landwirtschaft zeigt. Die rasche Umwandlung beziehungsweise Auflösung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) nach 1990 führte zum Verlust von mehreren hunderttausend Arbeitsplätzen. Zusätzlich veränderten die wegbrechende Nachfrage nach heimischen Erzeugnissen sowie der entstehende Konkurrenzdruck durch westdeutsche beziehungsweise westeuropäische

Marktteilnehmer die Rahmenbedingungen für die ländlichen Lebenswelten in den ostdeutschen Bundesländern dramatisch. Da die Forschung in den vergangenen Jahren in erster Linie makroökonomische Prozesse untersucht hat, spricht sich Bretschneider dafür aus, die Transformationen im landwirtschaftlichen Sektor auch aus der Perspektive von unten zu untersuchen. Dabei rücken sowohl LPG-Mitglieder und deren Leitungen, die einen Betrieb weiterführten, als auch sogenannte Neueinrichter, die häufig aus Westdeutschland oder dem Ausland kamen, sowie Agrarexperten in den Fokus. Unter Berücksichtigung kulturwissenschaftlicher Ansätze könnte so eine „Topografie der ‚Wende‘-Erfahrung“ auf dem Lande entstehen.

Abschließend gilt es allen Autoren für ihre Beiträge zu danken. Wichtige Anregungen lieferten während des Workshops die Kommentatoren Prof. Dr. Stefan Berger, PD Dr. Kerstin Brückweh, Prof. Dr. Thomas Lindenberger und Prof. Dr. Joachim von Puttkamer. Die Finanzierung des Workshops übernahmen gemeinsam das IfZ und das IOS; die Finanzierung der Drucklegung übernahm das IfZ. Die Drucklegung betreute in gewohnt zuverlässiger Weise Herr Dr. Sebastian Voigt. Bei der Fertigstellung des Manuskripts waren Frau Dr. Beata Lakeberg, Herr Paul Sprute und Frau Lilli Helmbold behilflich. Gedankt sei der gesamten ZiG-Redaktion, neben Dr. Sebastian Voigt auch Prof. Dr. Michael Schwartz und PD Dr. Bernhard Gotto, dem Lektor Publikationen im IfZ, Herrn Günther Opitz M. A., und dem Metropol Verlag. Alle Genannten haben zum raschen Erscheinen dieses Band beigetragen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Petra Köpping, Integriert doch erst mal uns! Eine Streitschrift für den Osten, 5. Aufl., Berlin 2019, S. 26. Eine ähnliche Argumentation findet sich auch bei: Wolfgang Engler/Jana Hensel, Wer wir sind. Die Erfahrung, ostdeutsch zu sein, Berlin 2018. Dabei steht die historische Wahlforschung noch ganz in den Anfängen. Frank Bösch hat kürzlich zu Recht dafür plädiert, die vorliegenden Statistiken und Umfragen historisch und vergleichend einzuordnen. Die ökonomischen Unterschiede seien nicht der alleinige, ausschlaggebende Faktor zur Erklärung des Wahlverhaltens. Vgl. Frank Bösch, „Sonderfall Ostdeutschland?“ Zum Demokratieverständnis in Ost und West, in: zeitgeschichte | online, <https://zeitgeschichte-online.de/themen/sonderfall-ostdeutschland> [25. 3. 2020]. Zu empirischen Befunden über ungleiche Lebensverhältnisse und ihre Wahrnehmung in Ost und West in Deutschland vgl. den „Teilhabeatlas Deutschland“, hrsg. vom Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung, <https://www.berlin-institut.org/publikationen/studien/teilhabeatlas-deutschland.html#> [14. 4. 2020]; vgl. auch die Studie des Pew Research Center, How the attitudes of West and East Germans compare, 30 years after fall of Berlin Wall, Oktober 2019, <https://www.pewresearch.org/fact-tank/2019/10/18/how-the-attitudes-of-west-and-east-germans-compare-30-years-after-fall-of-berlin-wall/> [14. 4. 2020].
- 2 Steffen Mau, Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft, Berlin 2019, S. 150.
- 3 Ilko-Sascha Kowalczyk, Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde, München 2019. Ähnlich argumentiert auch Philipp Ther, ohne den Begriff „Übernahme“ zu wählen. Vgl. Philipp Ther, Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa, Berlin 2016, S. 208.
- 4 Marcus Böick, Die Treuhand. Idee – Praxis – Erfahrung, Göttingen 2018, S. 246.
- 5 Yana Milev, Das Treuhandtrauma. Die Spätfolgen der Übernahme, Berlin 2020, S. 117.
- 6 Ivan Krastev/Stephen Holmes, Das Licht, das erlosch: Eine Abrechnung, Berlin 2019.
- 7 Hans Günter Hockerts, Zeitgeschichte in Deutschland. Begriff, Methoden, Themenfelder, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (1993), H. 29/30, S. 3–19.
- 8 Vgl. mit allerdings exklusivem Westfokus, aber als sehr anregend für eine noch zu schreibende gesamteuropäische Geschichte der Deindustrialisierung: Lutz Raphael, Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom, Berlin 2019.
- 9 In diese Richtung geht etwa Ther, Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent.
- 10 Dorothee Bohle/Bela Greskovits, Capitalist Diversity on Europe's Periphery, Ithaca (NY) 2012.

- 11 Pew Research Center, European Public Opinion Three Decades after the Fall of Communism, <https://www.pewresearch.org/global/2019/10/15/european-public-opinion-three-decades-after-the-fall-of-communism/> [14. 4. 2020].
- 12 Aus soziologischer Perspektive: Andreas Willisch (Hrsg.), Wittenberge ist überall. Überleben in schrumpfenden Regionen, Berlin 2012. Einen ersten Versuch für Westdeutschland, Frankreich und Großbritannien unternahm: Raphael, Jenseits von Kohle und Stahl, S. 295–466. Zu Osteuropa: Ther, Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Erfahrungs- und mikrogeschichtliche Perspektiven verfolgen mittlerweile einige Projekte, z. B. am Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS) Regensburg (<https://www.transformations-from-below.eu>), am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) Potsdam (<https://zzf-potsdam.de/de/forschung/linien/die-lange-geschichte-der-wende-lebenswelt-systemwechsel-ostdeutschland-vor-waehrend-und-nach-1989>) oder am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung Dresden (<https://hait.tu-dresden.de/ext/forschung/forschungsprojekt-3135/>) [3. 4. 2020].
- 13 Vgl. Chris M. Hann (Hrsg.), Postsocialism: ideals, ideologies and practices in Eurasia, New York (NY) 2002.
- 14 Reinhart Koselleck, „Erfahrungsraum“ und „Erwartungshorizont“ – zwei historische Kategorien, in: Ulrich Engelhardt/Volker Sellin/Horst Stuke (Hrsg.), Soziale Bewegung und politische Verfassung. Beiträge zur Geschichte der modernen Welt, Stuttgart 1976, S. 13–33.
- 15 Das Institut für Zeitgeschichte München – Berlin hat am 31. 1. und 1. 2. 2019 einen ersten Workshop durchgeführt („Transformation einer Volkswirtschaft. Neue Perspektiven auf die Geschichte der Treuhandanstalt“), dessen Ergebnisse bereits vorliegen. Vgl. Dierk Hoffmann (Hrsg.), Transformation einer Volkswirtschaft. Neue Forschungen zur Geschichte der Treuhandanstalt, Berlin 2020.
- 16 Vgl. Bernhard Gotto, Enttäuschung in der Demokratie. Erfahrung und Deutung von politischem Engagement in der Bundesrepublik Deutschland während der 1970er und 1980er Jahre, Berlin 2018.
- 17 Zur Kommunikationsstrategie des DGB in der Transformationszeit: Christian Rau, Von Gegnern zu Partnern? Der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Medienöffentlichkeit der Bundesrepublik, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 67 (2019), S. 409–437.
- 18 Grundsätzlich dazu: Ralf Ahrens, Macht und Märkte. Vermarktlichung als historische Forschungsperspektive, in: Rüdiger Graf (Hrsg.), Ökonomisierung. Debatten und Praktiken in der Zeitgeschichte, Göttingen 2019, S. 73–93.